

# RS Vwgh 2002/11/19 2000/12/0219

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 19.11.2002

## **Index**

L22004 Landesbedienstete Oberösterreich  
L24004 Gemeindebedienstete Oberösterreich  
63/02 Gehaltsgesetz

## **Norm**

GehG 1956 §121 Abs1 Z1 idF 1994/550 impl;  
GehG 1956 §30a Abs1 Z1 impl;  
GehG/OÖ 1956 §30a Abs1 Z1 impl;  
GehG/Statutargemeindebeamten OÖ 1956 §30a Abs1 Z1;  
LBGErg OÖ 19te Art2;  
StGDBG OÖ 1956 §2 Abs1;  
StGDBG OÖ 1956 §30 Abs1;

## **Hinweis auf Stammrechtssatz**

GRS wie 99/12/0066 E 17. August 2000 RS 1

## **Stammrechtssatz**

Nach ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes sind der Verwendungsgruppe A nur Dienste zuzuordnen, für die im Allgemeinen eine abgeschlossene Hochschulbildung Voraussetzung ist. Charakteristisch für einen dieser Verwendungsgruppe zuzuordnenden Dienst ist, dass seine Verrichtung einen Gesamtüberblick über einen Gegenstand eines Universitätsstudiums bildende Wissenschaft erfordert, wie ihn im Allgemeinen nur ein solches Studium zu vermitteln pflegt. Dagegen sind für den Beamten der Verwendungsgruppe B charakteristisch und damit dieser Verwendungsgruppe zuzuordnen Dienste vom Rang einer selbständigen und selbstverantwortlichen Arbeit, deren klaglose Bewältigung einerseits eine durch Absolvierung einer höheren Lehranstalt erworbene Bildung, andererseits Fachkenntnisse voraussetzt, wie sie durch die Zurücklegung der als Anstellungserfordernisse vorgeschriebenen Zeiten praktischer Verwendung und der geforderten Ablegung entsprechender Prüfungen erlangt zu werden pflegen; dabei ist die - auch durch private Fortbildung herbeigeführte - Erfahrungskomponente für den Verwendungserfolg von Bedeutung. Selbst das Erfordernis von auf Hochschulebene stehenden - allenfalls durch dienstliche oder private Fortbildung - angeeigneten Kenntnissen führt - wegen des Erfordernisses des genannten Gesamtüberblickes - dann nicht zur Annahme einer A-wertigen Verwendung, wenn es sich lediglich um einen kleinen Ausschnitt aus dem Stoff einer Studienrichtung handelt. Andererseits lässt sich mit dem Vorhandensein von bloßen Grundkenntnissen - auf mehreren Sachgebieten - eine der akademischen Ausbildung entsprechende Bildungshöhe nicht begründen (Hinweis E 14.5.1998, 96/12/0054).

## **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:VWGH:2002:2000120219.X05

## **Im RIS seit**

05.03.2003

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)